

# »Auslöschen«

## Rechtsextreme Siedler und Minister in Israel mobilisieren gegen Palästinenser



Israelische Friedensaktivisten wurden am 3. März auf ihrem Weg nach Huwara von der israelischen Armee mit Waffengewalt gestoppt. Einzelne Aktivisten wurden von schwerbewaffneten Soldaten festgenommen (Photos by Jaafar ASHTIYEH / AFP)

O bwohl sie unsere Häuser zerstören, lassen wir uns nicht einschüchtern. Wir wünschen den Verletzten, daß sie bald wieder gesund werden und den Toten wünschen wir Frieden.«

Der junge Mann, der das dem katarischen Nachrichtensender »Al Jazeera« sagt, ist von Trümmern umgeben. Es ist Dienstag, der 7. März und die israelische Armee hat einen weiteren blutigen Rachezug gegen das palästinensische Flüchtlingslager Jenin beendet. Die Bilder der sechs getöteten Männer werden über arabische Medien verbreitet. »Al Jazeera« zeigt in seinem Beitrag die Bahren der sechs Toten, die von Hunderten Händen gehalten werden und über einer Menschenmenge kreisen.

Das Flüchtlingslager Jenin wird von der israelischen Armee »Das Wespennest« genannt. 11.000 Menschen leben in dem Lager auf einem Quadratkilometer, 65 Prozent

von ihnen sind jünger als 24 Jahre. Niemand aus dieser Generation hat jemals in einem freien Land, einem freien Staat gelebt. Die jungen Leute kennen nur die Repression der israelischen Besatzung.

Die militärische Konfrontation zwischen den Palästinensern auf der einen und den Siedlern und den israelischen Besatzungstruppen auf der anderen Seite ist nicht neu. Doch seit dem Amtsantritt der rechtsextremen Regierung von Benjamin Netanjahu hat die Gewalt zugenommen. Mindestens 74 junge Palästinenser wurden von Siedlern und der Israelischen Armee seit Beginn des Jahres 2023 erschossen. Im gleichen Zeitraum wurden 13 Israelis bei einzelnen Angriffen von Palästinensern getötet.

### Siedler-Terror in Huwara

Während auf palästinensischer Seite die Angriffe zu meist von Einzelpersonen verübt werden, fühlen sich ge-



Am Montag wurden erneut Häuser von Palästinensern in Ost-Jerusalem abgerissen (Photo by AHMAD GHARABLI / AFP)

walttätige Siedler im besetzten Westjordanland von der neuen Regierung ermuntert, gegen die Palästinenser vorzugehen. Ende Februar stürmten rund 400 Siedler den Ort Huwara und angrenzende Dörfer und setzten Häuser, Geschäfte und Autos der dort lebenden Palästinenser in Brand. Die israelische Armee griff nicht ein, ein Palästinenser wurde erschossen. Israelische Friedensaktivisten, die den Menschen in Huwara zu Hilfe kommen wollten, wurden von der Armee gestoppt.

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich erklärte wenige Tage später, Huwara solle »ausgelöscht« werden. Smotrich gehört der rechts-extremen Partei »Religiöser Zionismus« an. Nach Kritik aus der USA-Botschaft in Israel erklärte Smotrich später, er habe sich von seinen »Emotionen mitreißen« lassen und habe sich »versprochen«. Im israelischen Fernsehkanal 12 sagte er, seine »Wortwahl sei falsch« ge-

wesen, aber »die Absicht war klar«. Die israelischen Sicherheitskräfte sollten im »Krieg gegen den Terror« offensiver vorgehen.

### Hauszerstörungen im Ramadan

Dazu gehört auch, die Häuser von Palästinensern zu zerstören. Einerseits sollen angeblich »illegale« palästinensische Häuser und Dörfer dem Bau neuer Siedlungen weichen. Andererseits werden in einem Akt von Sippenhaft die Häuser von Familien mutmaßlicher palästinensischer Attentäter abgerissen.

Nach Angaben des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHD 2022) hat Israel seit der Besetzung des Westjordanlandes und Ost-Jerusalems (1967) mindestens 55.048 palästinensische Häuser, Höfe und Moscheen abgerissen.

Der israelische Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir kündigte Anfang März an, angeblich »illegale«



Die sechs Opfer des israelischen Terrors wurden am Mittwoch in Jenin zu Grabe getragen (Photo by Jaafar ASHTIYEH / AFP)

Häuser von Palästinensern während des bevorstehenden Fastenmonats Ramadan abreißen zu lassen. Der Ramadan ist für muslimische Gläubige ein heiliger Monat, in dem gefastet, gebetet und Gutes für die Gemeinschaft getan werden soll.

### Warnung vor dritter Intifada

25 ehemalige führende Polizeikommandeure warnten daraufhin Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vor einer dritten Intifada. Die Pläne von Minister Ben-Gvir würden zu einem neuen palästinensischen Aufstand führen. Provokationen gegen die Palästinenser während des Ramadan seien inakzeptabel.

Die Minister Ben-Gvir und Smotrich vertreten Teile der extrem rechten, rassistischen und religiösen Siedlergesellschaft, die Palästinenser verjagen und deren Wohnorte dem Boden gleichmachen wollen. Ihren Haß gegen Araber stellen sie bei israelischen

Feiertagen, wie dem »Flaggen-Tag« – dem Jahrestag der Besetzung Ost-Jerusalems 1967 – schamlos zur Schau.

Erst vor zwei Wochen waren in der jordanischen Hafenstadt Akaba hochrangige Vertreter von Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), von Jordanien, Ägypten und den USA zusammengetroffen, um die angespannte Situation im israelisch besetzten Westjordanland und Ost-Jerusalem zu entschärfen. In einer »Erklärung von Akaba« verpflichteten sich Israel und die PA, die Lage zu deeskalieren und Gewalt zu vermeiden.

Der Gouverneur von Jenin, Akram Rajoub sagte nach der blutigen Razzia am 7. März dem Radiosender »Al Shams«: »Wenn es Vereinbarungen in Akaba gegeben hat, um Spannungen zu deeskalieren, dann sind sie in Akaba geblieben.«

Karin Leukefeld

## Gegen »Rentenreform« und für Frauenrechte

### Frauentag in Frankreich diesmal besonders kämpferisch

Der erstmals 1909 in den USA begangene Nationale Frauentag, der 1910 auf Anregung von Clara Zetkin zum Internationalen Frauentag wurde, wird in Frankreich offiziell seit der Wahl des ersten sozialistischen Präsidenten François Mitterrand begangen. Wie in jedem Jahr, so gab es auch diesmal an diesem Tag Demonstrationen in Paris, Lyon, Marseille und anderen großen Städten des Landes sowie eine Vielzahl von politischen und kulturellen Veranstaltungen. Zur Teilnahme daran und zu einem symbolischen »feministischen Streik« hatten das Bürgernetzwerk Attac, die Gewerkschaft CGT, die Französische Kommunistische Partei (PCF), der Studentenverband UNEF und mehr als ein Dutzend weiterer Vereinigungen aufgerufen, »um endlich Gleichheit in der Arbeit und im täglichen Leben sowie ökonomische Unabhängigkeit durchzusetzen«.

Eine Besonderheit war in diesem Jahr, daß der Frauentag unmittelbar auf den sechsten Streik- und Aktionstag folgte, mit dem am 7. März auf mehr als 300 Demonstrationen dreieinhalb Millionen Franzosen gegen die geplan-

te Rentenreform protestiert haben. Nicole M. hat in Paris an beiden Demonstrationen, der am 7. und der am 8., teilgenommen. »Das gehört doch zusammen«, meint die Unterstufenlehrerin. »Die geplante Rentenreform trifft die Frauen mit ganzer Wucht. Wenn sie Mütter sind, haben sie eine unvollständige Berufslaufbahn, so daß ihnen für

die Rente Beitrags quartale fehlen. Außerdem haben sie nur zu oft prekäre und schlecht bezahlte Teilzeitarbeit und im Schnitt liegt ihr Lohn ein Viertel unter dem der Männer.

Die Renten der Frauen sind jetzt schon um 40 Prozent niedriger als die der Männer und bei der Rentenre-

form würden sie erneut schlechter abschneiden, hat sogar ein Minister in einem Interview zugegeben. Wir haben also allen Grund, diese Reform abzulehnen und so lange zu kämpfen, bis Macron und die Regierung sie zurückziehen.«

Die Krankenschwester Alice P. erinnert sich mit etwas

Wehmut an die Zeit der Corona-Pandemie, als ihr Berufsstand und dessen Engagement von der Bevölkerung besonders gewürdigt wurden. »Doch unsere tagtäglichen Arbeitsbedingungen sind unwürdig, an allen Ecken fehlt es an Personal und Geld, und das geht vor allem auf Kosten der Krankenschwestern.«

Der Frauentag sei auch Anlaß, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, das in Ländern wie den USA, Polen oder Ungarn in Gefahr ist, zu verteidigen. »Bei uns gibt es seit 1975 dazu ein Gesetz, aber trotzdem haben es Frauen in der Praxis manchmal schwer, vor allem auf dem Land dafür einen Arzt zu finden. Das muß sich ändern. Darum bin ich dafür, dieses Recht zu stärken, indem es in der Verfassung verankert wird«, unterstreicht die Krankenschwester.

Céline Verzeletti, Konföderationssekretärin der Gewerkschaft CGT erklärt, daß der 8. März für die französischen Frauen Anlaß ist, ihre »Solidarität mit den Frauen in der ganzen Welt und vor allem mit den Iranerinnen, den Afghaninnen und den Kurdinnen zu bekunden, die besonders stark unterdrückt und ihrer

Grundrechte beraubt sind«.

Die Studentin Bénédicte U., die sich in einer feministischen Organisation engagiert, ist stolz auf die Fortschritte, die in den letzten Jahren bei der Verteidigung der Würde der Frauen in Frankreich erreicht wurden. »Die Bewegung #MeToo hat viele Mädchen und Frauen ermutigt, über sexistische Beleidigungen, Belästigungen und noch schwerere Übergriffe offen zu sprechen, die Verantwortlichen zu benennen und sogar vor Gericht zu gehen.« Nur so könne der Straflosigkeit solcher Vergehen ein Ende gemacht werden. »Wir sind solidarisch mit den Opfern und fordern eine Verschärfung der Gesetze und daß die schon existierenden auch wirklich konsequent angewendet werden.« Die französischen Feministinnen bezögen auch entschlossenen Stellung gegen die extreme Rechte, die nicht nur gegen ausländische Minderheiten hetze, sondern auch gegen Mädchen und Frauen aufgrund ihrer Lebensweise, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Identität. »Nur wenn wir uns dagegen offensiv verteidigen, können wir uns auf lange Sicht Respekt verschaffen«, ist sie überzeugt.

Ralf Klingsieck, Paris



(Foto: AFP)